Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 176 — 83. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch den 30. Juli 1924

Das Kartenhaus.

Just zehn Jahre werden es her sein, wenn die Herren Marx und Stresemann, der Einladung der englischen Regierung folgend, zur Teilnahme an der Konferenz der Siegerstaaten in London eintreffen, daß die deutsche und die europäische Schicksalswende in Lauf gesetzt wurde, indem am 4. August 1914 die Regierung seiner großbritannischen Majestät dem Deutschen Reich den Krieg erklärte. Damals brach Bismarcks Nachfolger im Kanzleramt, der Herr von Bethmann Hollweg, in Tränen aus und jammerte dem Überbringer der Unglücksbotschaft ein langes und breites darüber vor, daß seine ganze, auf einen wirklichen Ausgleich der deutsch-britischen Interessen gerichtete Politik zusammengebrochen sei wie ein Kartenhaus. Heute machen sich die Spitzen der Reichsregierung auf den Weg zur Themse, und es fragt sich, ob dort nicht abermals an einem Kartenhaus gearbeitet wird, das über kurz oder lang elendiglich einstürzen muß.

Die Vorzeichen jedenfalls sind nichts weniger als günstig. Wenn schon zwei so innig miteinander befreundete, in Krieg und Frieden als Bundesgenossen bewährte Nationen wie England und Frankreich trotz vierzehntägiger angestrengter Arbeit nicht zu einer Verständigung gelangen können über Fragen, die nun schon mehr als fünf Jahre alle ihre erleuchtetsten Köpfe auf das angelegentlichste beschäftigten, wie soll man da ernstlich erwarten können, daß es in ein paar Tagen gelingen werde, zwischen Deutschland und Frankreich einen einigermaßen haltbaren Frieden herzustellen? Herr Herriot ist gewiß kein Imperialist vom Schlage Poincarés, und er wäre heilfroh, wenn der Vertrag von Versailles anders aussähe, als die Foch und Clemenceau ihn gestaltet haben. Aber er müßte kein Franzose sein, wenn er nicht an diesem Schanddokument vom ersten bis zum letzten Buchstaben festzuhalten entschlossen wäre. Er darf nicht daran denken, auf Rechte zu verzichten, die in diesem sogenannten Vertrag für Frankreich festgelegt worden sind oder die auch nur Herr Poincaré für die Republik in Anspruch genommen und ausgeübt hat, sei es mit, sei es ohne Zustimmung seiner verbündeten Regierungen. Sonst begäbe er sich in die Gefahr einer Revision des Versailler Vertrages — der schrecklichste der Schrecken für echt französische Vorstellungen.

Die Tatsachen aber haben längst erwiesen, daß es ohne eine solche Revision nicht abgehen wird, nicht abgehen kann, wenn Europa wieder in Ordnung kommen soll. Ohne daß man in London das Kind bei diesem rechten Namen nennt, laufen doch die Forderungen der angelsächsischen Finanzmänner zum mindesten in ihren Konsequenzen auf eine regelrechte Revision des Machwerks von Versailles hinaus; eine Revision zwar mit Hörnern und Zähnen, denn was Frankreich an wahren oder eingebildeten Vertragsrechten genommen werden soll, steht in gar keinem Verhältnis zu den neuen Lasten und Beschränkungen, die dem deutschen Schuldnerstaat nach dem Willen der internationalen Sachverständigen auferlegt werden sollen. Aber wenn es nach ihrem Willen geht, werden doch wenigstens unsere Rechte und Pflichten gegenüber den Gläubigerstaaten für die Zukunft annähernd festgelegt; wir würden nicht mehr wie bisher der absoluten Willkür unserer Gegner oder gar jedes einzelnen von ihnen ausgeliefert sein, und wir dürften doch hoffen, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht bloß auf dem Papier als äußerste Grenze unserer Reparationspflichten anerkannt wird. Aber hier meldet sich sofort das „andere“ Frankreich, das Frankreich des Herrn Poincaré, das im Grunde gar keine Reparationen will, sondern mit allem, was es tut und unterläßt, nur das eine Ziel im Auge behält, Deutschland dauernd unter seiner Botmäßigkeit schmachten zu lassen, weil es nun einmal glaubt, nur unter dieser Bedingung ruhig schlafen zu können. Kindlich, zu glauben, daß in Jahrhunderten festgewurzelte, durch eine glanzvolle Geschichte unvergänglich gewordene Überlieferungen vor dem Zufallsergebnis einer Parlamentswahl in sich zerfallen werden. Vorübergehend mag ihre Triebkraft nachlassen, wenn gerade die Weltkonstellation die Versöhnungstendenzen begünstigt oder die Geister nach überwindung aufreibender Kraftanstrengungen müde geworden sind. Aber der Charakter eines Volkes, zumal eines von so ausgeprägter Eigenart wie des französischen, gehört zu den Unabänderlichkeiten des Daseins; auch Konferenzbeschlüsse können ein streitbares, ein ruhmsüchtiges, ein durch und durch überhebliches Volksnaturell nicht in eine Art Quäkertemperament umwandeln. Herr Herriot ist für das Heer seiner Bewunderer und Lobredner diesseits wie jenseits des Rheins schon heute eine arge Enttäuschung. Er weiß eben ganz genau, daß er mit einer Politik der Nachgiebigkeit, des Leben-und-Lebenlassens bei seinen Franzosen nicht durchdringt, daß seine Ministertage gezählt sind, wenn er in eine wie immer geartete Revision des Versailler Vertrages einwilligt, unter der Deutschland Aussicht hätte, in absehbarer Zeit wieder einmal ein wirklich unabhängiger, wirklich freier Staat zu werden. Auf dem schwanken Grunde eines französischen Pazifisten kann bestenfalls ein Kartenhaus zustandekommen; schon die erste Probe aufs Exempel würde es zum Einsturz bringen.

Einer der Vorgänger des gegenwärtigen deutschen Außenministers, Herr Dr. Simons, war auch schon einmal nach London gepilgert, um dort über eine irgendwie erträgliche Lösung der Reparationsfrage zu „verhandeln“. Man legte ihm ein nacktes Ultimatum vor — und er sagte „Nein!“ Diesmal waren freilich die Ententeregierungen nicht unter sich, als sie ihre Konferenzbeschlüsse vorbereiteten. Sie hatten von Anfang an auf dem Dawes-Gutachten zu fußen, und die nach England gebetenen Bankierherren aus der Neuen Welt scheinen ihnen ganz gehörige Daumschrauben aufgesetzt zu haben, um nicht abermals die Forderungen wirtschaftlicher Vernunft, die sie als Geldgeber stellen mußten, durch den Starrsinn der Nichts-als-Politiker gefährden zu lassen. Aber ob sie wirklich die Herren der Welt sind, als die sie sich fühlen, und als die sie von ihren grimmigsten Gegnern, den Extremen auf der Rechten und Linken, ausgegeben werden, das ist noch durchaus nicht ausgemacht. Und von den Franzosen will es uns am wenigsten wahrscheinlich dünken, daß sich ihr nationales Selbstgefühl vor dem Willen dieser Großen aus dem Dollarlande beugen wird.

Die Rheinlandfrage im Vordergrunde.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 29. Juli. Der Schwerpunkt des Ganzen liegt jetzt bei den privaten Besprechungen, die sich um nichts anderes drehen, als um die Regelung der Rheinlandfrage. Der Anstoß zu der Behandlung dieser Frage kam von den Räumungsfristen und in dieser Beziehung verlautet, daß Mac Donald Herriot mitgeteilt habe, daß die englische Regierung im kommenden Jahr die Kölner Zone räumen werde. Durch diese Erklärung wurde natürlich das ganze Problem aufgerollt, das unter der Bezeichnung Sicherheitsfrage bekannt ist. Ueber den Verlauf dieser Besprechungen ist vorläufig nichts näheres bekannt geworden, abgesehen davon, daß die alten Pläne einer Neutralisierung des Rheinlandes durch den Völkerbund im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

Um Deutschlands Einladung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 29. Juli. Die gestrige Vollsitzung der Konferenz hat beschlossen, die Entscheidung über die Frage der Einladung Deutschlands den fünf Delegationsführern, dem Rate der Fünf, zu überlassen. Maßgebend für diese Entscheidung war, daß eine Einigung über den Zeitpunkt der Einladung vor Beginn der Vollsitzung nicht erzielt werden konnte.

London, 29. Juli. Nach einer Reutermeldung wird die Einladung an Deutschland wahrscheinlich am Donnerstag oder Freitag abgesandt werden.

Die Beschlüsse der Vollkonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 29. Juli. Die gestrige Plenarsitzung der Londoner Konferenz hat von 4 bis 6 Uhr gedauert. Wie vorauszusehen war, ist sie zu keiner Entscheidung gelangt, weil die erste Kommission zu einer Einigung nicht kommen konnte. Die erste Kommission wird also weiter nach einer Kompromißformel suchen müssen. Sie tritt Mittwoch wieder zusammen. Die französische Delegation wird sich nach einer offiziösen Havasmeldung positive Vorschläge beibehalten. Der Bericht der zweiten Kommission betreffend Umstellung der Pfänder ist im Laufe der Plenarsitzung zur Annahme gelangt. Die Frage der strategischen Eisenbahnlinien im Ruhrgebiet wurde nicht gelöst. Sie wird am Mittwoch den Gegenstand neuer Kommissionsberatungen bilden. Die dritte Kommission hatte sich mit der Frage der Uebertragungen zu befassen. Sie wird wahrscheinlich morgen abend zu einer einstimmigen Schlußfolgerung gelangen. Die Konferenz ist ferner zu der Auffassung gelangt, daß die deutschen Delegierten zur beschleunigten Ausführung des Sachverständigenberichtes die Erlaubnis erhalt müßten, sofort mit der Reparationskommission die Fragen zu erörtern, für die letztere zuständig sei.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Belgien

Paris, 29. Juli. Der Matin stellt in seiner Besprechung der Londoner Konferenz fest, daß Belgien in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht den französischen Standpunkt vertrete. Theunis nehme auf die politische Lage seines Landes Rücksicht. Auf jeden Fall sei er einer Fortführung der Besetzung abgeneigt. Auch innerhalb der französischen Delegation würden sich verschiedene Richtungen bemerkbar machen.

Die Reparationskommission nach London eingeladen.

Paris, 29. Juli. Die Reparationskommission ist nach London eingeladen worden. Der Präsident Barthou berief die Mitglieder der Kommission zu Dienstag zusammen. Man glaubt, daß die Reparationskommission Mittwoch abreisen wird.

Die Besprechungen mit der Micum ergebnislos.

Düsseldorf, 29. Juli. Die gestrigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, da die geringen Zugeständnisse der Micum der verschlechterten Wirtschaftslage sowie auch der Zunahme von Feierschichten in keiner Weise Rechnung tragen. Die Verhandlungen sollen nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung am Donnerstag fortgesetzt werden.

Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 29. Juli. Die Gewerkschaften aller Richtungen Polnisch-Oberschlesiens verkünden den Generalstreik.

Vollständige Räumung der Ruhr.

Frankreich, England, Amerika einig.

Die schwarzen Wolken, die am Ende der vorigen Woche den politischen Himmel verdunkelten, haben sich verflüchtigt und — um ein Wort Stresemanns zu gebrauchen — ein neuer Silberstreifen taucht am Horizont auf. Nicht mehr. Noch heißt es, sich vor überschwänglichen Hoffnungen hüten, aber ganz hoffnungslos brauchen wir auch nicht mehr zu sein. Die Alliierten wollen die Konferenz in London nicht scheitern lassen, und deshalb haben Macdonald, Herriot und Hughes ein neues Kompromiß zustande gebracht, das nicht nur auf Deutschlands Kosten geht. Seine Grundlagen sind die folgenden:

1. Deutschland wird in der heutigen Vollsitzung der Konferenz unter den Bedingungen völliger Gleichberechtigung und bei Zusicherung voller Diskussionsfreiheit eingeladen, mit den Alliierten über die Aufsetzung des Protokolls zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches zu verhandeln.

2. In diesem Protokoll zwischen Deutschland und den Alliierten oder in einem besonderen Protokoll der Alliierten unter sich gibt Frankreich bindende Erklärungen über die beabsichtigte vollständige Räumung des Ruhrgebiets ab.

3. England verpflichtet sich, die Bankiers zu veranlassen, sich mit dem ersten Theunisschen Vorschlag, allerdings unter Fortfall der ausdrücklichen Bestätigung des Rechts auf Sonderaktionen, als Garantie für die Anleihe zufriedenzugeben, wenn Frankreich durch die an Termine gebundene Räumung des Ruhrgebiets und Deutschland durch seine in freier Verhandlung gegebene Zustimmung zum Dawes-Plan die notwendigen Garantien für die Ausschaltung der beiden Streitfragen — deutsche Nichterfüllung und militärische Gewaltanwendung als Mittel zur Erzwingung von Reparationszahlungen — geleistet haben.

Es soll uns also zugestanden werden die Gleichberechtigung bei den Verhandlungen und, wenn auch vorläufig nur bedingt, die „vollständige“ Räumung des Ruhrgebiets, die selbstverständlich die militärische Räumung und die restlose Aufhebung der Regie in sich schließt. Für Herriots Zustimmung zum ersten Punkt mag das Gutachten der juristischen Kommission maßgebend gewesen sein, nach dem der Dawes-Plan tatsächlich über den Vertrag von Versailles hinausgeht. Für die weiteren Zugeständnisse ist vielleicht Selbstbesinnung der Beweggrund. Es heißt, er habe von Poincaré ein Ultimatum erhalten, unter keinen Umständen Konzessionen der gedachten Art zu machen. Es ist wohl möglich, daß ihm das zu weit ging und den Wunsch in ihm rege gemacht hat zu zeigen, daß jetzt er der leitende Staatsmann Frankreichs ist. Fragt sich nur, was das Parlament, insbesondere der Senat zu dieser neuesten Schwenkung sagen wird.

Die deutsche Abordnung.

Teilnahme der Länder?

Die erste Bedingung für die Entsendung einer deutschen Delegation nach London wäre also, wenn die neuesten Meldungen aus London zutreffen, erfüllt: Deutschland wird eingeladen, um auf dem Fuße voller Gleichberechtigung zu verhandeln. Die Dinge wären also reif, um endgültig die Zusammensetzung der Abordnung vorzunehmen, die unsere Interessen auf der Konferenz wahren soll. Da tauchen neue Schwierigkeiten auf. Das Reich wird eingeladen, aber auch Vertreter der Länder wollen der Einladung folgen. In erster Reihe erhebt Preußen den Anspruch, seinen Ministerpräsidenten mit zu entsenden. Dann will aber auch Baden und natürlich Bayern zum Wort verstattet werden. Es wird niemand leugnen, daß diese Staaten an der Lösung der in London zu besprechenden Fragen ein besonderes Interesse haben. Aber genügt es nicht, wenn ihre Ansichten und Wünsche den Vertretern des Reiches bekannt sind? Es ist schwer vorstellbar in welcher Rolle der preußische Ministerpräsident an der Themse auftreten soll. Führer kann er nicht sein, und ob es für das Ansehen seines Amtes sehr zuträglich wäre, an zweiter Stelle zu stehen, ist wohl zweifelhaft. Die englischen Dominien, die auch zuerst offiziell vertreten sein wollten, haben sich beschieden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF